

Nr. 21/26 vom 16.12.2021

„Energy Chat in der Reinhardt“ zur Bundestagswahl 2021

Einschätzung des Koalitionsvertrages aus Sicht des VKU mit Blick auf die Energie- und Klimaschutzpolitik der neuen Bundesregierung

Berlin. Parallel zu den Koalitionsverhandlungen stellten Vertreter verschiedener Verbände im Forum für Zukunftsenergien ihre jeweiligen Erwartungen an die neue Bundesregierung vor. Nachdem der Koalitionsvertrag Ende November 2021 vorgelegt wurde, haben wir die darin getroffenen Aussagen zur zukünftigen Energie- und Klimaschutzpolitik diskutiert. Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen – VKU e.V., hat diese im Gespräch mit Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien, am 8. Dezember 2021 eingeordnet.

Mit der Anhebung des Ausbauziels für Erneuerbaren Energien auf 80% bis 2030 bei angehobener Strombedarfsprognose seien die richtigen Weichen gestellt, so die Bewertung von Liebing. Er unterstrich jedoch auch, dass die Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode die entsprechenden Instrumente und Maßnahmen zur Erreichung dieses hoch gesteckten Ziels mitliefern müsse, denn zunächst handele es sich um eine Absichtsbekundung, der nun Taten folgen müssten, um den kommunalen Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit zu verschaffen. Die angestrebte Halbierung der Dauer der Genehmigungsverfahren sei zwar grundsätzlich richtig, reiche aber längst nicht aus, um das Ausbaziel zu realisieren, denn das bedeute, dass sich die Genehmigungsphase etwa eines Windparks von bisher zehn auf fünf Jahre halbiere. Das sei zu langsam! Unter Berücksichtigung einer Modellrechnung des BDEW erfordere die Umsetzung des 80%-Ziels den Zubau von 25 bis 38 Windrädern pro Woche, wohingegen im Rückblick auf das vergangene Jahr lediglich acht neue Anlagen pro Woche errichtet wurden. Es brauche also einen konsequenten Paradigmenwechsel im Umgang mit den verzögernden Sachverhalten. Dazu gehörten die konsequente Anwendung der Stichtagsregelung und der materiellen Präklusion, eine Standardisierung bei der Artenschutzprüfung sowie die Festsetzung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien als im öffentlichen Interesse liegend, um damit das Abwägungskriterium in Genehmigungsverfahren und Rechtsverfahren zu stärken.

Die im Koalitionspapier gesetzten Investitions- und Finanzierungsanreize zum schnelleren Ausbau der Erneuerbare-Energien-Anlagen stimmten ihn hingegen zufrieden, merkte Liebing an. Er verwies jedoch auch darauf, dass durch diese festgesetzten Ausbauziele die Investitionsbereitschaft der kommunalen Unternehmen allein nicht steige, dazu bedürfe es darüber hinaus entsprechender Gesetze.

Ähnliches gelte für die geplante Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen. Liebing stellte klar, Ziel müsse es sein, Strom, insbesondere CO₂-freien Strom, durch die Reform zu verbilligen. Nur dann werde die Elektrifizierung weiterer Verbrauchssektoren gelingen. Mit der Finanzierung der EEG-Umlage durch Gelder aus dem BEHG seien wichtige Weichen gestellt. Unabhängig davon hätte er jedoch die Erhöhung der CO₂-Preise im BEHG zur Entfaltung der Lenkungswirkung begrüßt.

Zusätzlich zum geplanten Umbau des Strommarktdesigns machte Liebing ferner darauf aufmerksam, dass im Zuge des Ausbaus der Erneuerbaren Energien der Bedarf an gesicherter Leistung steigen werde und die Regierung dies durch eine Bepreisung gesicherter Leistung anerkennen müsse.

Klimaneutrale Gase und KWK bilden den Ausführungen von Liebing zufolge als effiziente Erzeugungstechnologie eine Schlüsselrolle bei der Wärmewende, wobei der VKU sich ein pointierteres Bekenntnis als die wörtlich zugesagte „angemessene Berücksichtigung der Marktpreise bei der künftigen KWK-Förderung“ mit Blick auf den Zubau von Gaskraftwerken mit H₂-ready-Technologie gewünscht hätte. Doch gerade in diesem Sektor vermag es der Koalitionsvertrag nach Liebings Einschätzung nicht, eine Planungs- und Investitionssicherheit für Stadtwerke und kommunale Unternehmen herzustellen, da Erdgas als Übergangs- und Brückentechnologie keine Anerkennung gefunden habe. Dies müsse im Rahmen der europäischen Taxonomieverordnung mit der entsprechenden Zertifizierung als „Nachhaltig“ erfolgen, wobei der VKU auf den großen Einfluss Deutschlands auf die Europäische Kommission verwies. Daneben brauche es eine konkrete Perspektive für Gaskraftwerke, damit sie, mit H₂-ready-Technologie ausgestattet, auch nach 2045 weiterbetrieben werden können.

Die geplante Weiterentwicklung der nationalen Wasserstoffstrategie begrüße der VKU. Liebing warb dafür, das Potential dezentraler Erzeugung und dezentralen Verbrauchs von Wasserstoff anzuerkennen. Mit Blick auf die benötigten Mengen sei für Deutschland der Import von Wasserstoff mittel- und langfristig unumgänglich. Dass eine gemeinsame Regulierung für die bestehenden Erdgas- und die zukünftigen Wasserstoffnetze keinen Eingang ins Koalitionspapier gefunden habe, bedauere er.

Mit Zufriedenheit sähen die Mitglieder des VKU ihre Forderung nach Quartiersansätzen in der Wärmewende berücksichtigt, die mit der im Koalitionsvertrag vorgesehenen kommunalen Wärmeplanung forciert werden könne. Liebing betonte, dass nur durch die Umsetzung des Quartiersansatzes die Klimaziele im Gebäudesektor erreicht werden könnten. Zu kritisieren sei jedoch, dass die Pläne der neuen Bundesregierung zur flächendeckenden Wärmeplanung nicht verpflichtend festgesetzt worden seien. Darüber hinaus begrüße der VKU die Aufnahme seiner Forderung nach einer Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) beim Ausbau der Fernwärmenetze ins Koalitionspapier. Das Ziel zur Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien an der Wärmeerzeugung sei erst zu 15% erreicht, mahnte Liebing und machte deutlich, dass die Unternehmen des VKU ihrerseits für die Umsetzung der fehlenden 85% bereitstünden.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV
LinkedIn @FfZeV